

Vermerk zu den Ermittlungen zum mit rechtsextremen Parolen beschmierten sowjetischen Ehrenmal

Die Staatssicherheit versuchte sich Ende 1989 im Kampf gegen den wachsenden Rechtsextremismus als "Verfassungsschutz" zu legitimieren, um ihre vollständige Abwicklung zu verhindern. Im Dezember beschmierten Unbekannte das sowjetische Ehrenmal im Berliner Bezirk Treptow mit rechtsextremen Parolen. Daraufhin wurden auch Stasi-Mitarbeiter verdächtigt, das Ehrenmal vorsätzlich zur Sicherung ihrer Posten beschädigt zu haben.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt verstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des AfNS – auch mit den Stimmen der SED-Sprecher. Am 14. Dezember wurde das MfS durch den kleineren Verfassungsschutz (ca. 10.000 Mitarbeiter) und einen mit ca. 4.000 Mitarbeitern gegenüber der Hauptverwaltung A (HV A) fast unveränderten Nachrichtendienst ersetzt. In diese Dienste sollten keine ehemaligen Führungskader der Staatssicherheit übernommen werden.

Die Staatssicherheit versuchte in diesen Wochen ihre Tätigkeit im Verfassungsschutz zu legitimieren, indem sie sich als unentbehrlich darstellte für die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus (der auch den Bürgerrechtsgruppen Sorge bereitete). Dann wurde in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember das sowjetische Ehrenmal in Ost-Berliner Bezirk Treptow mit nationalistischen und rechtsextremen Parolen beschmiert ("Nationalismus – für ein Europa freier Völker", "Volksgemeinschaft statt Klassenkampf" usw.). Schon bald wurde der Verdacht geäußert, die Staatssicherheit habe auf diesem Weg versucht, ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Die Aktenlage lässt kein abschließendes Urteil zu; es finden sich aber doch einige Hinweise, die gegen eine solche Vermutung sprechen.

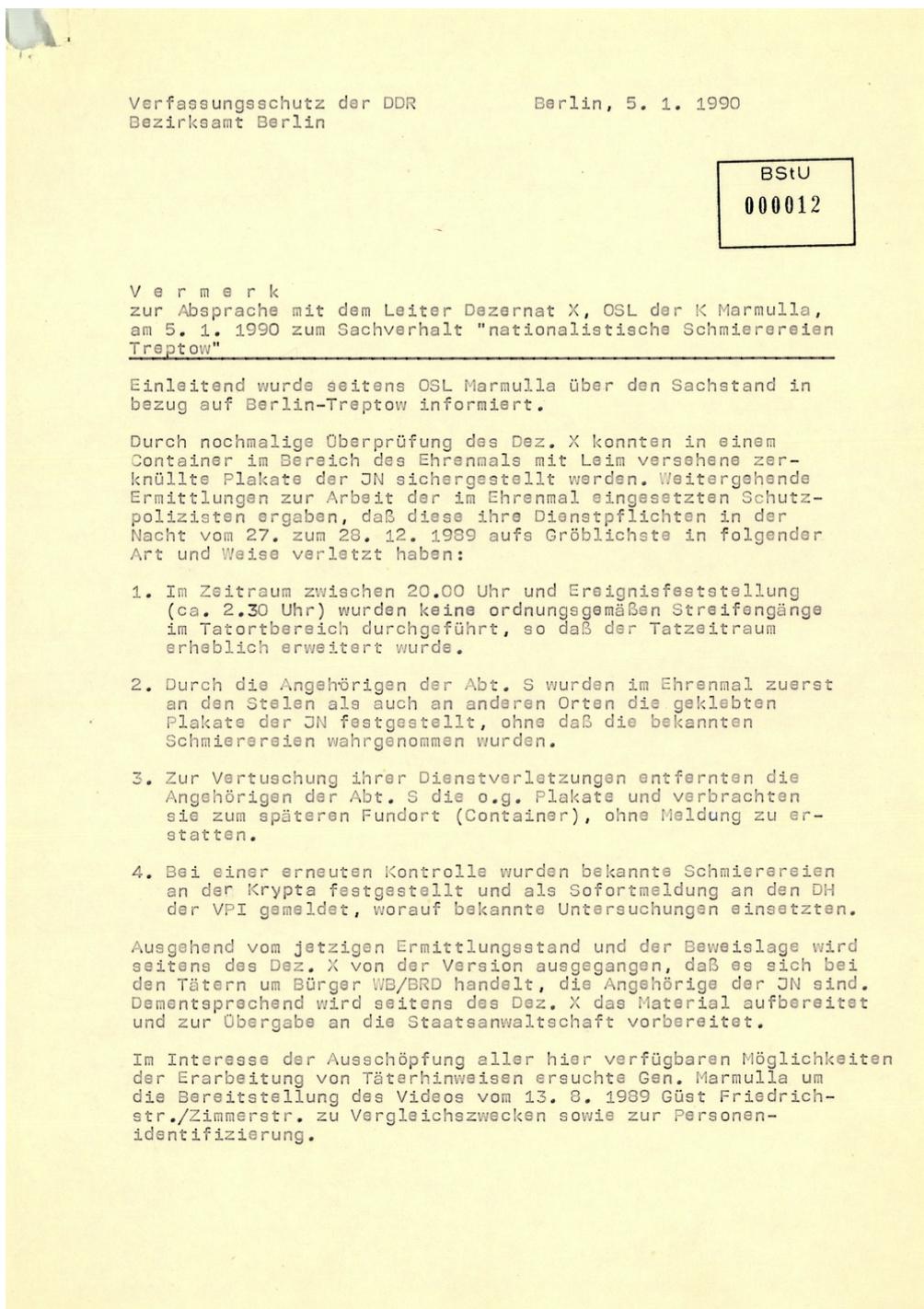
Der vorliegende Vermerk wurde vom "Verfassungsschutz der DDR / Bezirksamt Berlin" (der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Berlin) gefertigt. Demnach hätte der Oberstleutnant der Kriminalpolizei seinen Kollegen berichtet, dass eine nochmalige Tatortbesichtigung ergeben würde, dass bei den bisherigen Ermittlungen seiner Behörde geschlampt worden sei. Neue Beweismittel seien gefunden worden, die den Verdacht gegen Täter aus dem Umkreis bundesdeutscher "Junger Nationaldemokraten" erhärten.

Signatur: BArch, MfS, Sekr. Mittig, Nr. 82, BL. 12-13

Metadaten

Diensteinheit: Verfassungsschutz der DDR
Datum: 5.1.1990
DDR
Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument

Vermerk zu den Ermittlungen zum mit rechtsextremen Parolen beschmierten sowjetischen Ehrenmal



Vermerk zu den Ermittlungen zum mit rechtsextremen Parolen beschmierten sowjetischen Ehrenmal

BStU
000013

2

Darüber hinaus wurde um die Übermittlung weiterer Personen-
hinweise gebeten.

Seitens der Mitarbeiter wurde folgende Unterstützung zuge-
sagt:

1. Prüfung auf Bereitstellung o.g. Videos;
2. Prüfung, ob Personenhinweise vorhanden sind und zur Ver-
fügung gestellt werden können;
3. Rückantwort zu eventuell erforderlichen Fahndungemaßnahmen
in den Einreisedokumentationen an Güst Sonnenallee,
Rudower Chaussee und Baumschulenweg;

Gen. Marmulla verwies auf bereits in Kraft tretende Struktur-
veränderungen im Bereich der Abt. K, die u.a. die Bildung
eines "Staatschutzes" beinhalten.

Dies hat zur Folge, daß das o.g. Delikt möglicherweise kurz-
fristig aus dem Aufgabenbereich des Dez. X herausgelöst wird.